

Prüfungstermin: 17.01.2006, öff. Recht, Prof. Dr. Heckmann

Es ging eigentlich die gesamte Prüfung um den aus Protokollen und evtl. auch der Examenssimulation 2005 bekannten Straßenkreiden-Fall: Ein Kind bemalt in einer Fußgängerzone den Asphalt. Dann kommt ein städtischer Beamter vorbei, der sich ausweist und den Vater auffordert, dies unverzüglich zu beseitigen. Der Vater kommt dem nicht nach, woraufhin der Beamte die Ersatzvornahme androht.

Der Vater will dies bestätigt wissen, gibt dem Beamten allerdings nur seine Visitenkarte, auf der keine Adresse, sondern nur die email-Adresse vermerkt ist. Die Verfügung wird also per email bestätigt. Der Vater geht zu einem in dieser Fußgängerzone befindlichen Anwalt und will Rechtsrat.

- irgendwie wollte Herr Heckmann hier ähnlich einer Anwaltsklausur vorgehen. letztlich kam es dennoch nur noch auf die Rechtmäßigkeit der mündlichen Beseitigungsaufforderung an, weil dann der Anwalt dem Vater den Rat geben würde, dem nachzukommen, um die Kosten einer Ersatzvornahme – unterstellt, der Kostenbescheid erginge ordnungsgemäß – zu vermeiden
- es ging darum, zu erkennen, daß leges speciales dem LStVG vorrangig sind (hier also das BayStrWG); die entspr. Norm wurde uns genannt: Art. 16 BayStrWG
- es geht hier um einen mündlichen Verwaltungsakt (s. Art. 10 VwVfG; Art. 35 S. 1 VwVfG war kurz zu prüfen!), der nur durch die email bestätigt wurde (die Voraussetzungen des Art. 37 II 2, Art. 3a I VwVfG sind erfüllt!!!; die email hatte dagegen keinen eigenen Regelungsgehalt); i.Ü. sind keine Fehler formeller Art ersichtlich
- nun wurde materiell unter Art. 16 BayStrWG subsumiert
 - die Fußgängerzone ist eine Straße, die für Fußgänger besonders gewidmet ist (mehr brauchten wir nicht zu wissen)
 - dann diskutierten wir über „verunreinigen“ und „über das übliche Maß hinaus“
 - „Verunreinigung“ ist ein unbestimmter Rechtsbegriff und – wertfrei – als jede Veränderung des Straßenzustandes oder Straßenbildes (s. Gesetzeswortlaut) auszulegen
 - dabei ist also nicht zu berücksichtigen, ob es sich um ein bes. schönes Bild handelt, ob dem Kind (nicht dem Vater!!!!) die Kunstfreiheit zur Seite tritt usw.
 - diese Ganzen Dinge wurden dann bei „über das übliche Maß hinaus diskutiert“
 - es handelt sich dabei um einen unbestimmten Rechtsbegriff, der grundrechtskonform auszulegen ist, denn auch ein Kind kann Träger der Kunstfreiheit sein (s. Mozart; dieses Jahr ist Mozartjahr: soviel zur Allgemeinbildung)
 - wir diskutierten, wie man nun Kunst definiert (s. dazu die einschlägige Lit.)
 - schließlich wurde das Begriffspaar Gemeingebrauch (das übliche Maß?) – Sondernutzung ins Spiel gebracht, wobei sich die Prüflinge letztlich, glaube ich, einig waren, daß hier das übliche Maß überschritten sei und eine Sondernutzung anzunehmen sei (Abgrenzung zu Bagatellen)
 - argumentiert wurde an dieser Stelle auch mit der künftig zu erwartenden

Kumulation solcher Veränderungen, wäre keine Sondernutzungserlaubnis erforderlich, und mit der kommunikativen Funktion insbes. von Fußgängerzonen (??? - wußten wir alle nicht), wobei allerdings zu beachten wäre, daß es schon einen Unterschied macht, ob ich mit Bildern, Plakaten oder Graffiti kommuniziere, oder ob ich in einer Fußgängerzone mich mit meiner Begleitung verbal austausche

- beim Stichwort Graffiti kamen wir dann noch darauf zu sprechen, ob hier etwa auch das Eigentumsgrundrecht der Gemeinde grundrechtskonform miteinzubeziehen ist, wie bei einem privaten Hauseigentümer auch (nach BV kann sich die Gemeinde unter best. Umständen auf ihr Eigentumsgrundrecht berufen, nach GG ist dies aufgrund des Konfusionsarguments... ausgeschlossen)

→ demnach wäre der Tatbestand erfüllt

- richtiger Adressat: Problem, daß die Aufforderung an den Vater erging und nicht an das Kind
=> s. Art. 9 I 1, 2 LStVG
- schließlich gingen wir (eher unter Zeitdruck) noch auf die prozessuale Komponente ein: grundsätzlich wäre nach § 68 VwGO ein Vorverfahren vorzuschalten, die übrigen relevanten Zulässigkeitsvoraussetzungen wurden erwähnt, doch liegt das Problem hier wohl darin, daß die Sache sich bei Regen... bald erledigen würde (Erledigung vor oder nach Klageerhebung; § 113 I 4 VwGO [analog]!!!)

Zum Prüfer:

Herr Heckmann ist ein sehr angenehmer und ruhiger Prüfer. Er ist – wie unser Fall wieder einmal zeigt – relativ berechenbar, was den abgefragten Stoff angeht. Demnach ist das Studium seiner Protokolle unverzichtbar. Das heißt allerdings nicht, daß man dann doch gleich all das parat hat, was er hören will. Gerade bei Wertungsfragen entwickelt sich die Lösung nahezu. Dabei scheint er auch offen zu sein für vielerlei Argumentationen.

Herr Heckmann gibt selten eine Frage frei, verharrt aber auch nicht überlange bei einem Prüfling. So hat jeder mehrfach die Möglichkeit, sein Wissen an den Mann zu bringen.

Daß seine Notengebung besonders wohlwollend sei, konnte ich nicht feststellen. Er nimmt Fehler nicht allzu krumm und hilft einem auf die Lösung. Objektiv entspricht meine Note aber dem, was ich letztlich auch gewußt habe.

Schließlich kann ich nur sagen, daß Prof. Heckmann ein Glücksfall ist für die mündliche Prüfung